

WAS WIRD AUS MEINER RENTE?

Die Deutschen werden immer älter und haben immer weniger Kinder. Die **ALTERSVERSORGUNG** gerät unter Druck. Täglich gibt es neue Horrormeldungen. Der *stern* zeigt, wie dramatisch die Lage tatsächlich ist, wie Deutschland die Rentenkrise doch noch meistern kann und was jeder Einzelne für einen sicheren Ruhestand jetzt tun sollte

Von **FRANK DONOVITZ, JOACHIM REUTER** und **LORENZ WOLF-DOETTINCHEM**

Hurra, die Deutschen sterben aus. Zumindest für die Medien scheint das eine gute Nachricht zu sein – sie belebt das Geschäft. Bücher über die untergehende Nation wie „Minimum“ von Frank Schirrmacher stürmen die Bestsellerlisten. Und es vergeht kaum ein Tag, an dem „Bild“ keine Schlagzeile über die „Schrumpf-Rente“ druckt.

Fakten und Prognosen werden munter durcheinander geworfen. In der Lust am Untergang schaffen es sogar Falschmeldungen in die Nachrichten. So verkündete etwa die Deutsche Presse-Agentur (dpa): „Deutschland hat weltweit niedrigste Geburtenrate“. Tatsächlich ist die Kinderzahl je Frau in Deutschland mit 1,36 nicht gerade hoch, aber in Italien, Spanien oder Tschechien ist sie noch niedriger. Hierzulande ist die Geburtenrate zuletzt sogar leicht gestiegen. Aber das scheint niemanden zu interessieren.

Ist die Krise nur erfunden? Nein, aber die gegenwärtige Rentenklammer hat gar

nichts mit Kindermangel und nur wenig mit der steigenden Lebenserwartung zu tun. Wenn Politiker heute die Demografie für die Finanzprobleme der Sozialkassen verantwortlich machen, wollen sie vielmehr von eigenen Fehlern ablenken.

So wurde beispielsweise die Wiedervereinigung zum großen Teil mit Geldern aus den Sozialversicherungen finanziert. Statt die Ost-Renten aus dem Steuertopf zu zahlen, holte Kanzler Helmut Kohl (CDU) das Geld aus der Rentenkasse. In der Folge stiegen die Beiträge um knapp drei Prozentpunkte – und machten so Arbeit in Deutschland immer teurer. Die Abwärtsspirale aus schwachem Wachs-

tum und steigender Arbeitslosigkeit begann. So fehlen der Rentenkasse heute Millionen Beitragszahler.

Dazu kam der Irrweg der Frühverrentung. Lange Jahre propagierten Politiker, Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam den Vorruhestand. Der Personalabbau der großen Konzerne wurde von der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung subventioniert. Zeitweise gab's die volle Rente mit 60 ohne jeden Abschlag – zulasten der Rentenkasse. Erst spät wurde umgesteuert. Von den neun Millionen Rentnern unter 65 Jahren sind ein guter Teil in Wahrheit Arbeitslose.

Es ist richtig, dass die Rentner zuletzt Nullrunden hinnehmen mussten und ihre Bezüge in den nächsten Jahren kaum steigen werden. Dies ist die Kehrseite des Umlageverfahrens. Denn das System lebt von der Hand in den Mund: Was die Arbeitnehmer einzahlen, wird sofort wieder an die Ruheständler ausgezahlt.

Trotzdem dürfte es wohl nie wieder eine Rentnergeneration geben, der es so gut geht wie der heutigen. In den 50er und 60er Jahren bedeutete Alter noch häufig Armut. Heute beziehen nur 1,3 Prozent der über 65-Jährigen Sozialhilfe. Künftig könnte sich das wieder ändern, aber die Senioren von heute können diese Entwicklung gelassen beobachten. Ihre Ansprüche sind verfassungsrechtlich geschützt. Selbst für den Fall, dass die Löhne sinken, hat die Große Koalition eine Rentenkürzung ausgeschlossen. Was nur gerecht ist.

Weitaus düsterer sind die Aussichten für die geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1966. Gleich an drei Fronten haben sie zu kämpfen: Sie müssen die Renten für ihre Eltern erwirtschaften, die ih-

ren Teil des Generationenvertrages erfüllt haben und jetzt auf die staatliche Rente angewiesen sind. Zugleich sollen sie die aufgelaufene Staatsverschuldung abtragen, um die Enkelgeneration nicht zu überlasten. Schließlich müssen sie einen höheren Anteil der eigenen Altersversorgung ansparen, wenn sie ihren Lebensstandard nur halbwegs halten wollen.

DIE BABYBOOMER mögen sich als gekniffene Generation fühlen, aber es trifft sie auch nicht ganz zu Unrecht: Anders als ihre Eltern haben sie nur sehr wenige Kinder bekommen. Während die Politiker die Rentner von heute und die rentennahen Jahrgänge weitgehend schonen, haben sie bei den Ruheständlern von morgen zugeht. Die Reformen der vergangenen Jahre haben die Ansprüche peu à peu um rund ein Drittel gekürzt. So wurde die Anrechnung von früher bis zu 13 Ausbil-

dungsjahren gestrichen. Das entspricht einer Kürzung von 150 bis 250 Euro. Zudem sorgen Korrekturfaktoren dafür, dass die Renten künftig immer etwas langsamer als die Löhne steigen werden. Auch die Anhebung der Altersgrenze wirkt bei unverändertem Eintritt wie eine Rentenkürzung – pro Jahr um 3,6 Prozent. Wenn die „Rente mit 67“ umgesetzt wird, so glauben Ökonomen, sei das System stabilisiert. Der Freiburger Wirtschaftsprofessor Bernd Raffelhüschen sagt: „Die Rente ist heute sicher – auf niedrigem Niveau.“

Berechnet auf das Bruttoeinkommen wird für einen Durchschnittsverdiener mit 45 Beitragsjahren das Rentenniveau von zurzeit 48 Prozent bis zum Jahr 2030 auf unter 40 Prozent sinken. Nach heutigem Wert würde es dann statt 1180 Euro


nur noch 980 Euro geben. Damit wird gesetzliche Rente nur noch eine Grundversicherung bieten, die durch private und betriebliche Vorsorge aufgestockt werden muss. Den finanziellen Spielraum dafür dürften zumindest diejenigen haben, die keine Kinder großziehen. Eltern dagegen sind auf Unterstützung angewiesen –

etwa auf Kinderzulagen zur Riester-Rente, die 2008 kräftig erhöht werden sollen.

Was die Rente 2030 oder 2040 wert sein wird, lässt sich schwer abschätzen.

Prognosen über so lange Zeiträume sind mit Vorsicht zu genießen – im Jahr 1950 hat niemand das Wirtschaftswunder, den Pillenknick oder die Wiedervereinigung korrekt vorhergesagt. So kennt auch keiner die Geburtenrate der kommenden Jahre. Allerdings steht die Zahl der möglichen Eltern bereits fest. Nach den Hochrechnungen der Bevölkerungsforscher werden in Deutschland im Jahr 2050 noch 70 Millionen Menschen leben – 12 Millionen weniger als heute. Dabei dürfte

die Zahl der 20- bis 60-Jährigen um 15 Millionen sinken, die der über 60-Jährigen um 10 Millionen steigen.

Solche Prognosen sagen aber noch nichts darüber aus, wie viele Leute arbeiten werden, wie innovativ die Wirtschaft und wie hoch der Wohlstand sein wird. Die Demografie ist dabei nur ein Faktor, kein Schicksal. Ob die Deutschen veralzheimer oder ein „Golden Age“ erleben, hängt von ihnen selbst ab. 

Was können wir tun?

Schrumpfung und Verarmung sind kein Schicksal. Wenn Deutschland an den richtigen Schrauben dreht, kann es die **ALTERSKRISE** meistern. Ein Sechs-Punkte-Plan

MEHR ARBEITEN

Die Epoche der Arbeitszeitverkürzung ist in Deutschland endgültig vorbei. In einer alternden, schrumpfenden Gesellschaft müssen diejenigen, die können, mehr schaffen. Das klingt bei offiziell fünf Millionen Jobsuchenden verrückt, aber der Arbeitsmarkt wird bereits in wenigen Jahren kippen: Schon bald können sich Schulabgänger ihre Lehrstelle wieder aussuchen.

Die Lebensarbeitszeit wird wieder steigen. Berufseinstieg mit 21, Renteneintritt mit 60, Ruhestand bis 80 – das geht nicht mehr. Das fängt bei der Ausbildungsdauer an – vor allem bei Akademikern: Studienzeiten von 12 Semestern sind zu lang, das Alter der Absolventen ist mit 29 Jahren viel zu hoch. Aber auch der Ausstieg aus dem Erwerbsleben wird später erfolgen. Die Große Koalition hat sich dazu durchgerungen, bis 2029 das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre zu erhöhen. Und das wird nicht das letzte Wort sein. Die heute 20-Jährigen werden auch bis 68 oder 69 arbeiten können – wegen der steigenden Lebenserwartung dürften sie trotzdem länger Rente beziehen als die Senioren von heute, die ihren Ruhestand im Schnitt 17 Jahre genießen.

Deutschland kann die Rentenkrise auch mildern, wenn es insgesamt die Erwerbsbeteiligung steigert. Potenzial dafür ist da: Während heute schon mehr als 70 Prozent der erwerbsfähigen Männer arbeiten, sind es bei den Frauen noch weniger als 60 Prozent.

MEHR KINDER

Nachwuchs, der in den vergangenen Jahrzehnten nicht geboren wurde, lässt sich nicht einfach wieder aufholen. Aber durch eine Steigerung der Geburtenrate kann sich der Bevölkerungsrückgang stark verlangsamen.

Bevölkerungspolitik ist in Deutschland ein Tabu, vor allem wegen des Nationalsozialismus. Die Entscheidung für Kinder ist heute Privatsache. Trotzdem kann die Gesellschaft signalisieren, dass Kinder erwünscht sind. Eine niedrige Geburtenrate ist nicht naturgegeben. Während in Deutschland eine Frau im Durchschnitt nur 1,36 Kinder zur Welt bringt,

sind es etwa in Frankreich 1,9.

Hierzulande gilt: erst die Ausbildung, anschließend einige Jahre Berufstätigkeit und erst dann – wenn überhaupt – Kinder, um die sich dann fast nur die Mütter kümmern. Vereinbar ist Familie meist bloß mit einem Teilzeitjob, Kinderbetreuung ein Privatproblem. Für Frauen wird Nachwuchs so zur Karrierebremse. Folge: Ein Drittel der jüngeren Frauen bleibt kinderlos, von den Akademikerinnen rund 40 Prozent. Die Chancen, den Trend zu drehen, stehen aber nicht schlecht: Umfragen zeigen, dass sich die Deutschen mehr Kinder wünschen, als sie bekommen. Deshalb müssen Rahmenbedingungen verbessert werden: Vom Säugling bis zum Schulkind sollte es eine kostenlose Ganztagesbetreuung geben. Es geht aber auch um einen Mentalitätswandel. Frauen sollten die Furcht hinter sich lassen, eine Rabenmutter zu werden, Männer die Angst vor der Verantwortung überwinden.

MEHR SPAREN

Auf den richtigen Mix kommt es an: Dieses Motto wird zukünftig für die Altersvorsorge gelten. Bisher stammen 85 Prozent der Alterseinkommen aus dem Umlageverfahren. Künftig wird die Bedeutung des Kapitaldeckungsverfahrens (privates Sparen) steigen. Denn die einzige Möglichkeit, die Lasten der alternden Gesellschaft auf mehrere Jahrzehnte zu verteilen, ist vorzusparen. Wie die Schwankungen an der Börse zeigen, hat auch dieses Prinzip seine Risiken. Deshalb wäre es verkehrt, ausschließlich auf eine Rente aus Aktien zu setzen. Aber es gibt auch eine große Chance: Da Kapital mobil ist, können andere Länder und junge Volkswirtschaften (zum Beispiel in Indien oder China) für die Altersversorgung der Deutschen angespannt werden.

Hierzulande wird schon viel gespart, aber nicht immer von denen, die es eigentlich nötig haben. Deswegen wäre es sinnvoll, entweder die Riester-Rente oder eine Betriebsrente zur Pflicht zu machen.

Die Höhe der erforderlichen Sparrate hängt von Alter und Einkommen ab. Für Berufsanfänger reichen vier bis sechs Prozent vom Bruttoeinkommen. Für 30-Jährige sind fünf bis acht Prozent erforder-

lich. Wer älter als 40 ist und noch nicht vorgesorgt hat, sollte sieben bis zehn Prozent sparen. Besserverdienende müssen dabei jeweils den höheren Prozentsatz wählen. Das ist happig, aber Ökonomen haben auch eine gute Nachricht: Eine Wirtschaft, in der mehr gespart und investiert wird, wächst stärker.

MEHR EINWANDERER

Deutschland ist schon ein Einwanderungsland – und als schrumpfende Nation wird die Bundesrepublik künftig noch stärker darauf angewiesen sein, dass leistungsfähige Zuwanderer kommen.

Bisher haben wir uns zu wenig darum gekümmert, wer ins Land kommt und wie die Integration verläuft. Die Zuwanderung findet heute stärker in die Sozialsysteme als in den Arbeitsmarkt statt. Anders als in klassischen Einwanderungsländern wie den USA sind die Zuwanderer in Deutschland meist schlechter qualifiziert und häufiger arbeitslos. Paradox: Diejenigen, die wir ins Land lassen, belasten die Sozialsysteme, statt sie zu entlasten. Denn für die Aufnahme von Spätaussiedlern oder den Familiennachzug aus der Türkei zählten nationale oder humanitäre Gründe. Künftig wird sich die Zuwanderung auch stärker an unseren ökonomischen Interessen orientieren müssen.

Deshalb ist eine Doppelstrategie nötig: Zum einen können die Migranten, die schon da sind, besser integriert werden – etwa durch obligatorische Deutschkurse und eine Kindergartenpflicht. Zum anderen sollte Deutschland mehr tun, um Wissenschaftler, Unternehmer und Experten aus dem Ausland anzulocken. Quizfragebögen dürften da kaum helfen.

Wenn sich die Zuwanderung um rund 100 000 auf 300 000 Ausländer jährlich erhöhte, würde die Bevölkerung bis 2050 nur von 82 auf 75 Millionen sinken – ganz ohne Zustrom aus dem Ausland würde die Zahl der Einwohner dagegen auf 59 Millionen schrumpfen.

MEHR WACHSTUM

Wie gut Deutschland mit den Problemen der Alterung fertig wird, hängt davon ab, wie produktiv die Wirtschaft im Jahr 2030 oder 2050 ist. Ein niedriges Rentenniveau ist

leichter erträglich, wenn der Wohlstand hoch ist. Deswegen ist es entscheidend, ob Deutschland in Zukunft weiter zu den großen Exportnationen zählen wird.

In den vergangenen Jahren hat die deutsche Wirtschaft stagniert. Das hat auch auf das erreichbare Wachstum – Ökonomen sprechen vom Produktionspotenzial – durchgeschlagen: Es ist auf wenig mehr als ein Prozent gesunken. Mit derart niedrigem Wachstum lassen sich die Herausforderungen der Demografie kaum bewältigen. Deswegen muss der Trend wieder gedreht werden. Dass dies nicht unmöglich ist, zeigen die Beispiele der europäischen Nachbarn – etwa in Skandinavien. Der Staat muss seine Ausgaben umschichten – weg von den Unterstützungszahlungen hin zu Investitionen in Forschung und Bildung. Sozialsysteme, die sich weniger aus lohnbezogenen Beiträgen, sondern mehr aus Verbrauchssteuern finanzieren, sind wachstumsfreundlicher. Und eine alternde Gesellschaft bietet zudem Chancen zur Ent-

wicklung der Dienstleistungsgesellschaft.

Natürlich wird es für eine Volkswirtschaft schwieriger zu wachsen, wenn die Bevölkerung schrumpft. Das ist jedoch nicht dramatisch, denn das Sozialprodukt verteilt sich ja auch auf weniger Bürger. Pro Kopf gerechnet bleiben aber Steigerungen möglich – und nötig.

MEHR BILDUNG

Wenn die Deutschen weniger werden, dann können sie es sich nicht mehr leisten, Talente ungenutzt zu lassen. Heute hat jeder zehnte Schulabgänger keinen Abschluss, jeder fünfte Jugendliche bricht seine Ausbildung ab, fast die Hälfte aller jugendlichen Arbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Diese verlorene Generation sollte aber eigentlich im Jahr 2040 die Rente für ihre Eltern erarbeiten. Dies kann nur gelingen, indem die unter 25-Jährigen qualifiziert und in den Arbeitsmarkt geholt werden. Aber auch bei den

Akademikern kann sich Deutschland steigern. Nur rund 40 Prozent eines Jahrganges erwerben die allgemeine Hochschulreife – im Durchschnitt der Industrieländer sind es knapp 60 Prozent. Zudem ist die Studienanfängerquote hierzulande im Vergleich deutlich niedriger. Um im Wettbewerb um die innovativsten Produkte zu bestehen, sind vor allem mehr Ingenieure und Naturwissenschaftler nötig.

Wenn das Rentenalter schrittweise auf 67 steigen soll, müssen auch die Unternehmen mehr in die Fortbildung ihrer Mitarbeiter investieren. Sind heute Schulungen für über 55-Jährige die Ausnahme, so werden sie künftig zur Regel werden. Auch im eigenen Interesse sollten sich die Beschäftigten um lebenslanges Lernen bemühen. Wer künftig mehr als vier Jahrzehnte arbeitet, wird zwischendurch immer mal wieder die Schulbank drücken oder sogar den Beruf wechseln. Das belebt und kann folglich sogar Spaß machen.

je nach Region – deutlich an Wert verloren. So dürften Verkäufer in Teilen Sachsen-Anhalts, in Thüringen und in Vorpommern, aber auch im Ruhrgebiet, im Saarland und in Bremen innerhalb der vergangenen zehn Jahre oft ein Minusgeschäft gemacht haben. Im selben Zeitraum verzeichneten Immobilien in den Großräumen München, Stuttgart, Rhein-Main sowie im Rheinland und in Hamburg deutliche Wertzuwächse.

Die Finanzierung: Der Zins für Hypothekendarlehen mit zehnjähriger Zinsbindung beträgt derzeit rund vier Prozent. Statt eine Miete von beispielsweise 750 Euro zu zahlen, lässt sich mit derselben Summe ein Immobilienkredit von rund 180 000 Euro stemmen und jährlich um ein Prozent tilgen – ganz ohne Eigenheimzulage.

LEBENSVERSICHERUNG

Viele Jahre ein bisschen einzahlen und mit 60 oder 65 Jahren ein kleines Vermögen kassieren – die kapitalbildende Lebensversicherung ist bislang die wichtigste private Altersvorsorge der Deutschen. Mehr als 90 Millionen Verträge sind abgeschlossen. Obwohl die Verzinsung in den vergangenen Jahren gesunken ist, sind Lebensversicherungen nach wie vor für viele Verbraucher sinnvoll. Denn die ausgezahlte Summe aus eigenen Einzahlungen, garantierten und erwirtschafteten Zinsen ist bei Verträgen, die vor Januar 2004 geschlossen wurden, steuerfrei. Bei Policen, die ab 2005 unterschrieben

wurden, verlangt der Fiskus lediglich von der Hälfte der Erträge einen Anteil. Daher kann auch heute eine Lebensversicherung geeignet sein, besonders wenn damit zugleich Angehörige und/oder größere Kredite abgesi-

chert werden sollen – im Idealfall für die eigene Immobilie. Zu den empfehlenswertesten Anbietern zählen laut Analysten die Allianz, Debeka, HUK-Coburg, Cosmos und die R+V.

Bislang ging seit Kriegsende nur eine deutsche Lebensversicherung Pleite. Die Kunden wurden jedoch von einem Sicherungsunternehmen der Branche (Protector) aufgefangen.

Weit mehr Vorsicht ist bei privaten Rentenversicherungen geboten: Sie sind für Frauen besonders unattraktiv, da sie ihre hohe Lebenserwartung nur durch höhere Einzahlungen oder niedrigere Auszahlungen ausgleichen können. Daher gilt: Besser eine Kapitallebensversicherung abschließen. Die lässt sich nach der Auszahlung im Alter von 60 oder 65 Jahren dann immer noch in eine Monatsrente umwandeln – in Eigenregie oder von einer Versicherung.

WERTPAPIERE

Sie haben eine betriebliche Altersvorsorge? Und auch einen Riester-Vertrag abgeschlossen? Dann kommen

wir jetzt zum Luxus-Baustein für Ihre Rente: das Wertpapiersparen – möglich ab 25 Euro monatlich.

Die Wertpapier-Branche bietet dafür so genannte AS-Fonds an. Das Kürzel „AS“ steht für Altersvorsorge-Sondervermögen. Im Unterschied zu Riester-Sparen und Lebensversicherung gibt es hier zwar keine Steuervorteile und auch keine Garantie gegen Verluste. Dafür sind die Renditechancen deutlich größer. Denn AS-Fonds legen die Sparbeträge sowohl in internationale Aktien als auch in festverzinsliche Wertpapiere aus dem Euro-Raum und in Immobilienfonds an.

Mit steigendem Alter des AS-Sparers wird die Gewichtung neu justiert: In jungen Jahren wird auf renditestarke, aber risikoreichere Aktien gesetzt, im Alter auf sichere Zinspapiere und Immobilien umgeschwenkt. Die altersgerechte Anpassung erledigen die Fondsmanager – und das zu vergleichsweise moderaten Gebühren.

Die Rechnung: Wer monatlich 50 Euro spart, kommt nach zehn Jahren auf einen Betrag von 8210 Euro, gerechnet mit einer Jahresdurchschnittsrendite von sieben Prozent – Kaufgebühren und laufende Kosten sind dabei berücksichtigt. Nach 20 Jahren haben sich auf dem Fondskonto 24 361 Euro angesammelt.

Fast jede Bank oder Sparkasse hat AS-Fonds in ihrem Angebot, doch Interessenten müssen am Bankschalter meist gezielt danach fragen.